

Redebeitrag von Hans-Hermann Bohrer, Friedenskundgebung Saarlouis
08.01.16

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

mein Name ist Hans-Hermann Bohrer und ich vertrete heute die Attac-Gruppe Untere Saar, die ihren Sitz hier in Saarlouis hat.

Die aktuellen Vorgänge in und um Syrien dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Wenn wir die Entwicklung seit 1990 anschauen, so fällt auf, dass die Bundeswehr nach und nach an immer mehr Auslandseinsätzen teilnimmt. Dabei wurden sowohl der Umfang als auch die Intensität dieser Einsätze schrittweise gesteigert. Mit Minensuche und Sanitätsunterstützung fing es einst an, heute sind wir bei Kampfeinsätzen. Es ist die klassische Salamtaktik, wobei die Scheiben stets dicker wurden. Oder anders ausgedrückt: An ein Gift, das in kleinen, doch stetig zunehmenden Mengen verabreicht wird, gewöhnt sich der Körper. Das ist die Absicht, die hinter diesem Vorgehen steckt.

Was wir gleichzeitig seit 1990 beobachten können, ist das zunehmende Streben nach Einfluss auf formal unabhängige Staaten mittels verschiedener Instrumente. Diese nennen sich auf Englisch „regime-change“, also das Auswechseln einer nicht genehmen Regierung oder „responsibility to protect“, also die Inanspruchnahme der Menschenrechte für politisch-militärische Ziele. Weitere Instrumente sind der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ und Waffenexporte. Diese Aktivitäten sind stets eingebunden in die EU und in die NATO. Wir sehen auch hier eine Salamtaktik über die Dauer von nunmehr 25 Jahren. Nach der Konfrontation zweier Machtblöcke in der Zeit des Kalten Krieges besteht nun eine multipolare Weltordnung, wobei die USA eindeutig die weltweit stärkste und schlagkräftigste Militärmacht darstellen. Von den USA wird auf Dauer eine unipolare Weltordnung angestrebt, in der diesem Staat niemand mehr die Führung streitig machen kann. Wer diese These für Antiamerikanismus hält, sollte nachlesen im 1997 erschienenen Buch „Die einzige Weltmacht“ von Zbigniew Brzezinski. Brzezinski war Berater mehrerer US-Präsidenten. Auf dem Weg zu dieser unipolaren Weltordnung spielen die Begriffe „Reformen“ und „Öffnung“ eine große Rolle, nämlich Öffnung für Direktinvestitionen und Reformen der Rechts- und Wirtschaftssysteme im Sinne des Kapitals.

Dagegen wird die Europäische Gemeinschaft von Teilen des Publikums als eine Friedensmacht betrachtet, vielleicht weil sie einst mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Was aber manche nicht wissen:

Im EU-Vertrag regelt der § 42 die „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“. Er enthält eine Aufrüstungsverpflichtung für die Mitglieder und formuliert im Absatz 7 eine gegenseitige Beistandspflicht bei Angriffen auf das Territorium eines Mitgliedsstaats, die erstmals von Frankreich nach dem 13. November letzten Jahres beansprucht wurde. Auch im Assoziierungsvertrag zwischen der EU und der Ukraine findet sich eine Passage, in der von einer „schrittweisen Intensivierung und Zusammenarbeit im Bereich der EU-Außen- und Sicherheitspolitik“ die Rede ist. Es handelt sich bei diesem also nicht, wie bisweilen behauptet, um ein reines Wirtschaftsabkommen.

Militärpolitik ist nämlich immer eng mit der Außenpolitik und der Wirtschaftspolitik verbunden, sie steht nie isoliert. Der NATO-Krieg in Jugoslawien diente zur Ausweitung der Einflussosphäre der EU, die Osterweiterung der NATO ist ein gemeinsames Projekt der EU und der USA bis hin zur Einbeziehung der Ukraine in den westlichen Einflussbereich, Afghanistan soll als Durchgangsland für Handelswege (zu nennen ist hier insbesondere das Pipelineprojekt für turkmenisches Erdgas) offen gehalten werden und auch als potentieller Rohstofflieferant, es geht um die Sicherung von Rohstoffen in Afrika (insbes. Uran im Niger, daher das französische Militäringagement in dieser Region) und den Erhalt des Zugriffs auf die Ölquellen des Nahen Ostens. Heute werden Abhängigkeiten geschaffen mittels Handelsverträgen. Beispiele hierfür sind die sogenannten EPAs, das sind Einzelverträge zwischen der EU und Ländern des Südens. Sie tragen den Charakter von Erpressung, denn hier verhandeln ungleiche Partner miteinander, im Weigerungsfalle droht die EU mit dem Entzug von Zollvergünstigungen. Ein Beispiel aus der Geschichte, das nur wenige von Euch kennen mögen, sind die Verträge, welche Frankreich kurz vor der Entlassung in deren formale Unabhängigkeit 1960/61 mit 14 afrikanischen Ländern abschloss. Diese umfassen unter anderem eine Verpflichtung zur Deponierung eines großen Teils der Währungsreserven in Paris und ein Vorkaufsrecht Frankreichs für bestimmte Rohstoffe. Aktuelle Beispiele sind die Handelsverträge CETA und TTIP zwischen der EU und Kanada bzw. den USA, mit deren Hilfe eine Art „Wirtschafts-NATO“ aufgebaut werden soll, um den übrigen Teilnehmern am Welthandel die darin formulierten Regeln aufzwingen zu können.

Deutsche Sicherheitspolitik steht heute für die Erhaltung bzw. Erweiterung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten sowie Sicherung der weltweiten Handelswege. Dies wird mittlerweile auch von den Jugendoffizieren der Bundeswehr so gesagt; den Bundespräsidenten

Horst Köhler kostete seine Offenheit in diesem Punkt 2010 noch sein Amt.

Die „Festung Europa“ muss wieder dicht gemacht werden, die Flüchtlinge als Opfer der Kriege um Rohstoffe und Einflussphären sollen bleiben, wo sie sind und möglichst nicht in die EU kommen. Als Garant dafür hat die EU den türkischen Präsidenten Erdogan auserkoren und zahlt der Türkei dafür drei Milliarden Euro. Dass Erdogan gegen die kurdische Zivilbevölkerung im eigenen Land Krieg führt und den IS in Syrien aktiv unterstützt, wird dabei ausgeblendet. Erdogan nannte kürzlich „Hitlers Deutschland“ ein Beispiel für das von ihm angestrebte Präsidentialregime in der Türkei und bezeichnete seine Militäraktion gegen die Kurden als „Säuberungen von Terroristen“. Dies ist die Sprache der Wehrmacht und der SS, als gegen die französische Résistance und die Partisanen in Jugoslawien und anderswo vorgegangen wurde.

Die Frage muss lauten: Wie sollte Friedenspolitik heute aussehen? Sie ist nicht ohne die Wirtschaftspolitik zu denken. Hier kann die mit den geplanten „Freihandelsabkommen“ angestrebte Wirtschafts-NATO Konflikte nur anheizen bzw. neues Konfliktpotential schaffen. Dagegen ist ein neues Welthandelssystem erforderlich, welches die Interessen der Länder des Südens in den Vordergrund stellt und jedem Land überlässt, wie es Wirtschaft und Handel (und damit auch seine Entwicklung) organisiert. Es gibt hierfür durchaus Modelle, das von Attac favorisierte ist das Alternative Handelsmandat. Friedenspolitik ist auch Klimapolitik (was immer aktueller wird) und die Schaffung eines allgemeinen Zugangs zu sauberem Trinkwasser. Nach Aussagen von Friedensforschern wird der Kampf um die Wasservorräte in Zukunft den Kampf ums Erdöl als Kriegsgrund ablösen. Die Bestrebungen des Kapitalismus stehen für eine Privatisierung der Wasserversorgung, anstatt dieses Gemeingut allen gleichermaßen zugänglich zu machen. Wichtiger Bestandteil einer deutschen Friedenspolitik ist die Beendigung der Waffenexporte und die Umwandlung der bestehenden Rüstungsindustrie. Die Kosten der notwendigen Veränderungen sind durch eine Abschaffung der Steueroasen und Schließung aller Steuerschlupflöcher zu finanzieren.

Das kommt vielleicht einigen von Euch naiv vor. Ich möchte daher auf eine US-amerikanische Studie aus dem Jahr 2015 hinweisen. Sie zeigt auf, dass von den 500 wichtigsten, weltweit tätigen Konzernen des Landes (die es auf die Fortune-500-Liste geschafft haben), alleine im Jahr 2014 weltweit 2,1 Billionen (das sind 2100 Milliarden!) US-Dollar an Gewinnen in Steueroasen von den Cayman-Inseln über Irland und

Luxemburg bis zu den Niederlanden verschoben und dadurch dem Zugriff der Steuerbehörden entzogen wurden.

Papst Franziskus sagte: „Diese Wirtschaft tötet“. Seine Aussage sollte nicht nur für Katholiken eine Aufforderung zur Veränderung der Verhältnisse sein, sondern für uns alle.

In diesem Sinne danke ich Euch für Eure Aufmerksamkeit!